

schöneren Engagements, die hoffentlich leicht erledigt werden können, Rücktritt zu nehmen. Es bleibt nur zwei Tage in Berlin und fehlt dann wieder auf seinen Posten in Berliner zurück.

Was kann man tun? Aus Paris wird gemeldet: In Abwesenheit des Barons Berthier hat Delegationsrat Schmidt die deutsche Antwortnote auf das Ultimatum des Deutschen Reiches an das Kriegsamt überreicht. Der Oberst Rat wird sich heute mit den beschäftigten und beschäftigten, was zu geschehen habe, da die Note unheilvoll und der Krieg noch als unvorhersagbar bestimmt wird.

Schließe auf General v. Kettow. Gegen General v. Kettow-Bordet wurde gestern vor dem Theater in Stargard im Pommeren ein Revolterkrieg abgefeuert, doch blieb der General unverletzt. Der Adler wurde verhaftet, nach Feststellung seiner Person jedoch wieder entlassen.

Deutsch-Dänemark.

Staatskanzler Rennen über den Friedensvertrag. In der vorgebrachten Sitzung der Nationalversammlung kennzeichnete Staatskanzler Rennen in seinem Bericht über die Friedensverhandlungen den Wandel, der sich im ganzen Geiste der Friedensbedingungen zwischen dem ehemaligen und dem endgültigen Entwurf vollzogen habe. Der Staatskanzler entschuldete die Nationalversammlung gemäß dem Beschluss des Kabinettsrats den Vertrag zu unterzeichnen und hofft: Daraus erwächst uns der unmittelbare Vorteil, daß der Staat und seine Staatsform vollständig anerkannt wird sowie der Vorteil, daß der entstehenden Ungewissheit und der moralischen, politischen und wirtschaftlichen Einschätzung endlich ein Ende bereitst werde. Wie können wir weiter den Krieg wieder aufnehmen, noch können wir weiter leben in dem Zustande, in dem wir uns befinden. Bringen sie das Opfer, und schließen sie die Vergangenheit ab. Abgelese ist uns der Weg in die Zukunft weisen. (Fredderick F. Smith und Händelstheater.) — Die Nationalversammlung nahm nach längere Debatten den vom Hauptrat vorgeschlagenen Verhältnisvertrag an, wonach gegen die Verleihung des Geldbeschaffungsrechts Deutsch-Südostreich durch den Friedensvertrag protestiert und der Staatskanzler beauftragt wird, den Friedensvertrag zu unterzeichnen. Der Protest wurde einstimmig und der Aufruf an den Staatskanzler zur Unterzeichnung mit 97 gegen 22 Stimmen angenommen.

Der Anstand auf der Südbahn dauert an. Der Anstand auf der Südbahn, auf Teilen der Ost- und der Südbahn ist noch nicht beendet. Die Sozialdemokraten verurteilen den gegen den Willen der Gewerkschaften ausgeschlossenen Ausland. Es handelt sich um eine deutsch-nationalen Bewegung gegen die heutige Regierung. Die Ausländer weisen diese Verdächtigungen zurück. Diese hätten nur den Zweck, sie im Kampf zu isolieren und betonen ausdrücklich den wirtschaftlichen Charakter des Ausstandes.

Italien.

Die italienischen Telegraphenbeamten sind in passiven Überstand getreten. Noch auf alle Telegraphenbeamten des Königreichs hat sich der Streik ausgedehnt. Sodass zur Zeit allein in Rom mehr als 12000 unbefüllte Telegramme liegen.

Frankreich.

Die finanziellen Drangen des Friedensvertrages. Die französische Deputiertenkammer genehmigte in den Verhandlungen über den Friedensvertrag am Sonnabend zur finanziellen Seite des Vertrages. Finanzminister Chauvigny erklärte, daß Frankreich nach den Bestimmungen des Friedensvertrages während einer Periode von 20 Jahren eine Summe von 483 Milliarden erhalten werde.

Angland.

Bernichtete englische Schiffe. Nach einer in Helsingborg eingetroffenen Meldung haben die Engländer außer dem Schiff "Victoria", der torpediert wurde, die Schiffe "So. 19" und "So. 88" versenkt. Die Sowjet-Regierung gegen das englisch-französische Abskommen. Die Sowjet-Regierung beantragt die imperialistische Politik Englands in Persien mit einem geschickten Schachzug, der beweist, daß sie selbstbewußt überall England als dem Tochters eines neuen Russlands entgegenarbeitet. Tschauderin hat der Potsdamer "Prewiba" aufgabe an Persien eine Note erachtet, in der er bestätigt, daß Persien ein englischer Vasallenstaat geworden sei und mitteilt, daß die Sowjet-Regierung das englisch-französische Liebrechtskommen nicht anerkennt. Gleichzeitig erklärt er alle russischen Forderungen an Persien als ungültig und gibt das Versprechen, daß sich Sowjet-Russland nicht in Persiens Angelegenheiten einmischt werde. Das sozialistische Meer wird neutral erklärt, die früher Russland gehörigen Eisenbahnen, Telefon- und Telegrafenleitungen, Postämter und Häfen werden dem persischen Volke überlassen. Schließlich erklärt Tschauderin, daß die Stunde der Befreiung des Landes nahe sei.

Rumänien.

Die Note der Entente. Die vom Entente-Abgeordneten Clark zu überrechnende Note verlangt von Rumänien, Ungarn zu räumen, die Requisitionen zu unterlassen und die bisher requirierten Gegenstände zur Verfügung der Alliierten zu stellen.

England.

Neine Behördeung der Einführung deutscher Spielwaren nach England. In einer Antwort an eine Deputation englischer Spielwarenfabrikanten, welche den Schutz der englischen Spielwaren-Industrie durch die Feststellung einer dreijährigen Beschränkung der Einführung von deutschen und anderen fremden Spielwaren gefordert hat, erklärte Sir Auckland Geddes, der Vorstand des Handelskamtes, daß es unmöglich sei, ein derartiges Verbot für drei Jahre zu erlassen, ohne ein gleiches Verbot für andere Fabrikationszweige zu erlassen. Er wies darauf hin, daß die Note eines Generalverbotes der Einführung deutscher Spielwaren bei keinem würde, daß es dann Deutschland unmöglich sei, englische Waren zu kaufen oder die Kriegsschädigung an den deutschen Industrien, so schrieb Geddes, würden durch Deutschland nicht nur geschädigt, sondern vielmehr unterdrückt. Das Blatt "Lord George", die "Daily Chronicle", begann seine volle Zustimmung zu dieser Antwort Geddes an die Deputation der Spielwarenfabrikanten.

Amerika.

Die nationale sozialistische Partei hat sich für die Gründung der russischen Sovietherrschaft und gegen den Friedensvertrag ausgesprochen.

Die Rebellen-Wilson. Wilson prophezeite in einer Rede in Columbia, daß der Senat den Friedensvertrag annehmen werde, und sagte, wenn der Vertrag einmal angenommen sei, würden amerikanische Truppen niemals über das Meer zu fahren brauchen. Zum Schlusse forderte der Präsident dringend zur äußersten Zusammenarbeit im ganzen Felde zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Staats- und Privatinvestitionen, sowie auch zwischen den einzelnen Gruppen auf. — In einer Rede in Indianapolis sagte Wilson, daß niemand glaube, daß der Völkerbund einen Krieg unumhintermöglichen würde, aber es ist zu erwarten, daß er einen solchen sehr wenig wahrscheinlich mache. Der Kern des Völkerbundesabkommen ist nach seiner Meinung die Bestimmung, daß zum Kriege als allerlettstem Mittel nicht vor 6 Monaten noch Ausbruch einer Streitigkeit gefordert werden dürfe. Dies aber würde von all denen überhaupt nicht beachtet, welche den Vertrag bekämpfen. Deutschland hätte den Krieg nicht bekommen, wenn es 6 Monate hätte warten müssen. Es ist klar, daß jedes Mitglied des Völkerbundes einen Teil seiner Souveränität einzubüßen, aber es sei nichts verfehlend darin zu sehen, da dies zum Wohl des Ganzen geschiebe. Gleichzeitig Schanings erklärte Wilson, daß Japan wiederholte Versprechen hat, die Halbinsel an China zurückzugeben.

Die Verhandlungen zwischen den Vertretern des Reiches, Großbritanniens und des Deutschen Reichs waren vom 4. bis

10. September in Wellington fortgesetzt. Wilson will den Vorstand hören.

Spanien.

Der Friedensvertrag ratifiziert. Seit "Zeitung" meldet die "Tribuna" auf Spanisch, daß der kanadische Senat den Friedensvertrag ratifiziert hat.

Certliches und Gäbliches.

Mitla, den 8. September 1919.

— Tagessitzung zur Eröffnung des Stadtverordneten-Kollegiums am Dienstag, den 9. September 1919, nachm. 5 Uhr. 1. Bereitstellung von 8000 Mark zur Anpflanzung von Birkenbäumen am Neuköllner Weg. (Berichterstatter: Herr Stadt. Altena.) 2. Entlassung der Mittelgußarbeiter nach den abgeschlossenen Tarife tragen. 3. Belebung weiterer Schulen. 4. Errichtung einer Männerarbeitsschule im Stadtteil. (Berichterstatter: Herr Stadt. Treptow.) 5. Umfrage des st. Kommunismus Grundstoffs. (Berichterstatter: Herr Stadt. Schönborn.) 6. Befriedung des alten Brauereiviertels. (Berichterstatter: Herr Stadt. Langenselk.) — Nichtöffentliche Sitzung.

— Eröffnung der Milchwirtschaft. Vom 15. September ab tritt in Sachsen eine Erhöhung der Milchwirtschaft ein. Die einsetzende Erhöhung des Preisniveaus auf 50 Pf. für das Dutzend Vollmilch ab Stal ist so bemerkenswert, daß sie selbst bei spärlicher Berechnung der Aufgaben und Annahme eines verhältnismäßig reichlichen Milchverbrauchs den jetzigen Milchnebenproduktionspreis des Landwirtes noch nicht deckt, gleichzeitig ist davon Abstand genommen worden, den Preis noch höher zu erhöhen, weil auch schon vor dem Kriege die Milchpreise in der Regel etwas niedriger als die Lebensmittelpreise waren. Die Milchpreiserhöhung hat auch eine gewisse Erhöhung der Preise für Butter, Quark und Quarkflocke zur notwendigen Folge. Jedoch werden die Verbraucher in den Großstädten und ausgesuchten Industriegebieten Sachsen von der Butterpreiserhöhung nicht betroffen, da sie vorwiegend außerstädtische Butter zugewiesen erhalten, deren Preis infolge der notwendigen Beigabe teurer Auslandsbutter ohnedies noch beträchtlich über dem neuen höchsten Butterpreis liegt.

— Kartoffelwirtschaftung. Das Reichsernährungsministerium erließ unter dem 4. September d. J. eine Verordnung über die Bewirtschaftung der Kartoffelwirtschaft im laufenden Wirtschaftsjahr. Die öffentliche Bewirtschaftung, insbesondere die Vorrichtungen über Sicherstellung und Verteilung bleiben aufrechterhalten, da bei Freigabe des Handels erhebliche Preissteigerungen und in deren Folge Lohnkämpfe und Unruhen unausbleiblich erscheinen. Die gesetzterente mit Ausnahme der Geldförderung und der Wirtschaftsmengen ist wie bislang festzuhalten. Die Wohlförderung beträgt 7 Pfund, dazu von November bis Januar 2 Pfund Zusatz. Die unmittelbare Einbedeutung auf Bezugsschein ist wesentlich erleichtert. An Sontau sind 10 Rentner je Wohnung zugelassen. Festigung der Gewerkschaftsprojekte bleibt nach Maßgabe des Entscheidungssatzes vorbehalten.

— Die Ummwandlung des Sächsischen Lehrervereins in eine Gemeinschaft ländlicher Lehrer war der Gegenstand einer Versammlung des Leipziger Lehrervereins. Das Ergebnis der Verhandlung war folgende fast einstimmige angenommene Entschließung: „Für wirksamen Vertretung der materiellen und idealen Berufs- und Standesinteressen seiner Mitglieder spricht sich der Leipziger Lehrerverein für eine Umgestaltung des Sächsischen Lehrervereins in eine Gewerkschaft ländlicher Lehrer aus und erträgt den Vorstand des Sächsischen Vereins, der nächsten Vertreterversammlung die erforderlichen Schritte vorzusehen.“

— Alle Werbungen für die Reichswirtschaft unterstellt. Um Stellenweise noch befreiende Briefe zu befehligen, wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß alle Werbungen für die Reichswirtschaft und die ihr angegliederte Wollsiedlung nicht nur eingestellt, sondern ausdrücklich untersagt werden sind. Die hier und da noch fahrbare Postkarte ist ungültig. Genauso in Poststellenunternehmen noch stattfindende Werbung erfolgt zu Unrecht.

— Geringere Sauerstoffzufuhr von Margarine in Sicht. Wie das Reichsnahrungsmittelministerium bereits vor einiger Zeit in der Presse mitteilte, ist infolge der mangelhaften Kohlenbelieferung der Margarine- und Fleischkäsewerke die Sauerstoffzufuhr in sehr erhebliche Schwierigkeiten geraten. Gerade bei den ländlichen Margarine- und Fleischkäsewerken, welchen in erster Linie die Herstellung von Margarine und den hierzu erforderlichen gehobenen Delikatessen obliegt, sind die Schwierigkeiten besonders groß, so daß die Fleischställe für Speisezettel bis auf weiteres nicht mehr in der Lage ist, den Verbrauchsstellen die Zulassungserlaubnis von wöchentlich 50 Gramm auf den Kopf der Bevölkerung zu übertragen. Infolgedessen kann auch das Sächsische Landeslebensmittelamt, wie das Wirtschaftsministerium mitteilt, den Kommunalverbanden die Zulassungserlaubnis zunächst nicht mehr zuweisen. Jedoch wird sich die Landeslebensmittelstelle, durch Weiterleitung der rückläufigen Margarineleistungen für Sachsen und durch Heranziehung von Externalreitern den Kommunalverbänden die regelmäßige Abgabe der Ration von wöchentlich 50 Gramm solange als irgend möglich zu sichern. Sofern die zur Verteilung dieser Ration notwendigen Bestände bei den Kommunalverbänden nicht rechtzeitig eintreffen, wird die Kochlieferung der an 50 Gramm schließenden Ration so rasch wie möglich erfolgen.

— Neue Streitjahr in Borna. In Borna ist der Braunkohlenrevier. Es steht ein neuer Bergarbeiterstreit bevor, der seinen Ausgang vom Braunkohlenwerk "Belobnung" bei Borna finden soll. Es liegt der Schluß nahe, daß es hier nicht um ein planmäßiges Vorgehen gegen die Unternehmer, sondern um die Ausstragung eines Kampfes innerhalb der Arbeiterpartei handelt. Es scheint ein Versuch der aus den radikalsten Elementen bestehenden Bergarbeiter-Union vorgestellt, sich der im Wester siedelnden Gewerkschaft auszuberufen.

— Drillinge geboren in Sachsen. Die Fälle von Drillingegebärunten sind in Sachsen im Vergleich zu jener Bevölkerungsgröße verhältnismäßig selten, infolge des Krieges aber bedeutend zufälliger geworden. Nach den Beobachtungen des Statist. Landesamtes erfolgten im Jahre 1911: 9, 1912: 11, 1913: 28 (!), 1914: 20 und 1915 nur 5 Drillingegebärunten. Außerdem erfolgte im Jahre 1911 eine Wielingengebärun, 1 Knabe und 3 Mädchen lebend. Die Fälle von Drillingegebärunten sind dagegen recht häufig: 1911: 1619, 1912: 1584, 1913: 1511, 1914: 1447, 1915: 1069 Geburten. In 2803 Fällen bestanden diese Drillingegebärunten aus 2 Knaben, in 2651 Fällen aus 1 Knaben und 1 Mädchen und in 2147 Fällen aus 2 Mädchen.

— Wergendorf. In der Nacht zum 6. d. M. sind dem bayerischen Landtag mittels Einbruch 3 Betriebsräte bestohlen. Es lädt wurde von der Gendarmerie ein Mann ermordet und festgenommen, der im fraglichen Gute gearbeitet hatte. Die Männer konnten dem Betriebsraten verhindern werden.

— Böda u. Borsig. Bericht über die öffentl. Gemeinderatsitzung am 5. September 1919. 1. Es wurde der Antrag gestellt, dem Berlin die Volksschule und Kunstschule beigegeben und 100 M. Eintrittsgeld zu erfordern. Der Antrag wurde mit 8 Stimmen angenommen, 7 Stimmen waren dagegen. 2. Als Nachtrag zum Betriebsratstatut wurde beschlossen, die Unterkünfte mit 10% des Betriebslöbtes zu tilgen. 3. Es wurde beschlossen, Gemeindebeamten und Gemeindevertreterinnen bei Dienstreisen in folgenden Orten zu gewähren: 1 Tag mit Übernachtung 10 Mark, ohne Übernachtung 8 Mark; einen halben Tag 5 Mark; außerdem noch Gehalts 8 Mark. Gernot wurde bestimmt, da-

Blanchefixes bei Herrn Gemeindeschultheit für die Wiederaufbauarbeiten in Gersheim an entgegen, 4. Wiederaufbau der Kosten des Gersheimerhauses. Die Gersheimer betragen 25 000,00 Mark. Die Rechnung war vom Gemeindeschultheit gezeigt und war richtig bewiesen, und wurde vom Gemeindeschultheit angenommen. 5. Es wurde dem Gemeindeschultheit eine Genehmigung des Herrn Max. Gersheimer, angezeigt, dass eines Sitzes an der Unterstraße und Überquerung des Gersheimer Bachs best. Bedingungen wurden nicht gestellt, da dies beim Bauhaus alles vorgesehen war. 6. Es wurde beschlossen, zweier Sätze die kleinen Schulen in der Krieger-Schulhäuser Str. vor Stunde 1 Uhr zu schließen. 7. Antritt an die Omnibusverbindung Weißwasser-Mitla wurde abgelehnt. 8. Mitteilungen. Die Anstellung einer zweiten Lehrerin wurde vorläufig auch gestellt. Der Wiederaufbau über 100 Stück Geschäftsbücherungen beträgt 42 Mark; es wurde beschlossen, 100 Stück in Druck zu geben. 9. Es wurde mitgeteilt, daß die Rohstoffknappheit in der Gemeinde immer größer wird und die Händler nicht mehr genügend Rohren zur Verteilung erhalten. Es wurde der Antrag gestellt, daß der Gemeindeschultheit 10 Stück Dringlichkeitshilfsleihen anfordern, und die Händler mit dem Auto heranzuholen, damit die Not gelindert würde.

— Dresden. Gegen wie in Berlin wurde am Freitag eben auch in Dresden zwischen den Kaufleuten und den Angestelltenorganisationen eine Einigung erzielt, die einen Frieden im übrigen Handelsbetrieb mindestens bis zum 31. Dezember 1919 gewährte.

— Borna. Ein betreibender Borgia, der den Tod eines Mannes zur Folge hatte, ereignete sich auf der Rittergutsstrasse Groß-Schön. Der Inspektor fand am Abend vom Unfall zurück und traf auf dem Gelde drei Mann, denen er ein Schild zeigte. Die Angestellten blieben einen Augenblick stehen, liefen dann aber davon. Als der Inspektor kein Gewehr umhängen wollte, ging plötzlich ein Schuß los. Der Inspektor wurde wohl gleich darauf einen Schuß, nahm aber an, daß es sich um einen Schuß der Fliehenden handele und ging, nichts ahnend, nach Hause. Am anderen Morgen fand er auf dem Gelde den Schuhmeister Koch aus Rottwerndorf mit einer Schußwunde in der Brust tot auf. Der Sohn ist Vater von fünf Kindern. Der bedauerliche Vorgang ist lediglich auf einen unglücklichen Zufall zurückzuführen.

— Klingenthal bei Bischofswerda. Im Walde zwischen Klingenthal und Lauterwalde wurde am Sonnabend nachmittag unter Band breitfeuer auf einem Schuhmacher des Reichsgerichts eine neugeborene Mädchen aufgefundene. Nach dem Besuch ist das Kind durch einen Schlag auf den Kopf getötet und vermutlich an dem gleichen Platz auch vorher geboren worden. Wie verlief, rückt sich der Verdacht auf eine Sommerfledermaus.

— Meissen. Wie in einer von der kommunistischen Partei hier veranstalteten öffentlichen Volksversammlung ein Vertreter der Rechtssozialistischen erklärte, sind von einer gewissen Partei in der nächsten Zeit hier neue Wirtschaftspläne geplant. Gleichzeitig fordert der Redner die Arbeiterschaft auf, sich von diesen Plänen fern zu halten, um eventuelle blutige Kämpfe zu vermeiden.

— Leipzig. Die Arbeitgeber im Buchhandel erklärten, sich dem Schiedsgericht des Demobilisationskomitees nicht unterwerfen zu wollen und die Betriebe geschlossen zu halten. Demgegenüber haben die Buchhandlungsbetriebe eine Kommission nach Dresden entsandt, um vom Ministerium eine Verlängerung zu erwirken, die gegebenenfalls die amtsweise Wiederöffnung der Betriebe anordnet. Außerdem haben die Betriebe den Antrag auf Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung an die Stadt gestellt. — Der mehrheitssozialdemokratische Stadtpräsident Lüttich, Leipzig, ist als Ministerialdirektor ins Preisprüfungsamt nach Dresden berufen worden.

— Torgau. In der Kirchdörferischen Wohldiade ist eine Verhaftung erfolgt. Von der Gendarmerie wurde der 21 Jahre alte Sohn der Frau Kirchdörfer, der in Melitz bei der Gutsbesitzerin Helmut bedienstete Credit Kirchdörfer, verhaftet und in das bietige Unternehmensgefängnis eingeliefert. Betti ist sofort nach der Tat wurde der Verdacht laut, daß man vielleicht im eigenen Sohn und Bruder den Täter zu suchen habe, der die jüngste Tot begangen habe, um die Hinterlassenschaft der Frau an sich zu bringen. Einwieweit nun die Verbrechungsgründe aufzugeben, muß jedoch erst noch die weitere Vernehmung des R. ergeben.

Erster Deutscher Evangelischer Kirchentag.

Das Pressebüro des Evangelischen Kirchentags berichtet:

Der deutsche Protestantismus kann mit dem Verlauf des Ersten Deutschen Evangelischen Kirchentags wohl zufrieden sein. Bis zuletzt blieb der Wille der Versammlung lebendig, in den wichtigsten Fragen eine Einigkeit zu erreichen, was auch gelang. Darum wird der Kirchentag seine Wirkung in der Öffentlichkeit nicht verlieren. Das gilt namentlich hinsichtlich des Zusammenhalts der deutschen evangelischen Gemeinden an einem Kirchenbund als auch von der fast einstimmig angenommenen Vorlage über die Erhaltung des evangelischen Religionsunterrichts in den Schulen. Besonders die Beschlüsse des Kirchentags sein für die Beratungen über die Schulfrage in den politischen Körperschaften Deutschlands.

Am Beginn der Nachmittagsitzung des letzten Tages stand zuerst ein Antrag der sozialen Kommission auf Annahme, wonach der Kirchentag den deutschen evangelischen Kirchenauskunft erlauben sollte, einen Rundschau, von Zeit zu Zeit neu zu bildenden Auskunfts für soziale Angelegenheiten zu errichten. Betti nahm den Kirchentag an, der Kirchenauskunft sollte sich der evangelischen Pressearbeit in weitestem Umfang annehmen und eine Pressestelle des Kirchentags ins Leben rufen.

Den letzten Verhandlungsgesprächen stand des Kirchentags bildete die "Vorstellung des Karlsruher Bündnis" an, worüber Pastor Michaelis, Bielefeld, Bericht erhielt. Das religiöse und kirchliche Interesse, so führte er aus, erforderte die Aufhebung des Karlsruher Bündnisses in allen Dingen, in denen ernste Gründe vorliegen. Jedoch dieß der Begriff des Kirchentags, für welche der zuständige Kirchenrat verantwortlich ist, besteht. Lemnitz habe jedes Gemeindeglied das Recht, sich zur Vollziehung einer Amtshandlung eines anderen als des zuständigen Geistlichen zu bedienen. Dem außändigen Kirchenrat ist davon Mitteilung zu machen. Die von den Gemeinden begehrten Abendmahlstafeln im brüderlichen Kreise sollten nicht von vornherein ausgeschlossen sein. Betti forderte die Aufrechterhaltung der Einheit der Kirchenkirche und die Predigt der religiösen Bedürfnisse ihrer Mitglieder den geistlichen Nutzen der Kinderheit. Wie dieser Nutzen zu schaffen sei, rückte sich nach den Bedürfnissen der einzelnen Gemeinden, insbesondere aber auch nach den örtlichen Verhältnissen.

Nach längerer Aussprache, in welcher die Redner der Kirche im wesentlichen zustimmten, wurde ein Antrag auf Philippus an